Linz, 4. Juni 2019

# Pressemitteilung

## Wichtige agrarpolitische Vorhaben vorerst in Frage gestellt

Nunmehr politische Verantwortung voranstellen

**Die aktuelle innenpolitische Situation, die personellen Veränderungen in der Bundesregierung und die aufgekündigte Regierungsvereinbarung könnten in den nächsten Monaten erhebliche negative Rückwirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft haben. „Das ist vor allem deshalb bedauerlich, da es der Bauernvertretung in den letzten Wochen und Monaten gelungen war wichtige bäuerliche Vorhaben mit der bisherigen Bundesregierung politisch zu paktieren. Für die nächste Zeit waren dazu entsprechende Beschlüsse im Parlament vorgesehen, die nun großteils zumindest vorerst nicht umgesetzt werden dürften. Gerade in dieser Situation zeigt sich die hohe Abhängigkeit der Bauernschaft von politischen Entscheidungen", bedauert Präsident Franz Reisecker das schnelle Ende einer gut funktionierenden Regierungszusammenarbeit und bedankt sich gleichzeitig für das hohe persönliche Engagement der bisherigen Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger.**

**Zugesagte Vorhaben umsetzen**

Im Zuge der Steuerreform-Verhandlungen ist es der Landwirtschaftskammer in den letzten Wochen gelungen für die Bauernschaft ein Gesamtpaket mit einem Entlastungsvolumen von 120 Millionen Euro pro Jahr zu schnüren. Kernpunkt der Entlastung für die Landwirtschaft wäre die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge sowie insbesondere der Mindestbeitragsgrundlagen in der Sozialversicherung für bäuerliche Kleinbetriebe gewesen. Aber auch die geplante Umsetzung einer Herkunftskennzeichnung bei verarbeiteten Lebensmitteln und in der Gemeinschaftsgastronomie oder die geplante Einschränkung der Tierhalterhaftung für Alm- und Weidetiere sind nun vorerst in Frage gestellt. „Dazu kommt, dass nun die Verhandlungen für den neuen mehrjährigen EU-Finanzrahmen sowie die künftige Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik in die entscheidende Phase kommen, wo die zentralen Anliegen Österreichs und der Bauernschaft vorübergehend wohl nicht mit

dem bisher gewohnten politischen Gewicht in die europäische Diskussion eingebracht werden können“, zeigt sich Reisecker ernüchtert.

**Politische Verantwortung voranstellen**

Die Landwirtschaftskammer appelliert, dass nun auch in der bevorstehenden Wahlauseinandersetzung die Sachpolitik und die politische Verantwortung vorangestellt werden. Es darf nicht passieren, dass durch das nunmehr freie Spiel der Kräfte im Parlament aus populistischen und wahltaktischen Gründen zB bei Tierschutz- oder Pflanzenschutzthemen einseitige Entscheidungen zu Lasten der Bäuerinnen und Bauern getroffen werden. „In diesem Fall würden wir uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entschieden zur Wehr setzen und allfällige Verantwortungslosigkeiten gegenüber der Öffentlichkeit und den Bäuerinnen und Bauern klar aufzeigen“, kündigt Kammerpräsident Reisecker an.

„Gleichzeitig werden wir alles daransetzen, dass die bisher an die Bäuerinnen und Bauern getätigten Zusagen nach der Wahl im Herbst von der künftigen Bundesregierung auch tatsächlich umgesetzt werden. Das gilt insbesondere auch für das Versprechen der bisherigen Bundesregierung, der heimischen Landwirtschaft allfällige EU-Budgetkürzungen in der neuen Förderperiode vollständig auszugleichen. Dazu ist es erforderlich, dass nun jene politischen Kräfte gestärkt werden, die sich auch tatsächlich der berechtigten Anliegen der Land- und Forstwirtschaft annehmen“, ergänzt Reisecker.

**Bauern bieten Zusammenarbeit an**

„Die Landwirtschaftskammern bieten der neuen Bundesregierung, die bis zur Bildung einer neuen Regierung nach den Wahlen im Herbst 2019 im Amt sein wird, eine konstruktive Zusammenarbeit sowie eine konsequente Unterstützung in Sachfragen an. Das gilt insbesondere für die neue Landwirtschaftsministerin Maria Patek. Wir werden nun gemeinsam alles daransetzen, trotz der aktuell schwierigen politischen Situation das Beste für die Bauernfamilien und die gesamte Land- und Forstwirtschaft zu erreichen“, betont Präsident Franz Reisecker die Notwendigkeit der Geschlossenheit innerhalb der Bauernschaft für die nächste Zeit.

**Kontakt Öffentlichkeitsarbeit:** MMag. Andrea Steinmetz,
Tel +43 50 6902-1311, andrea.steinmetz@lk-ooe.at